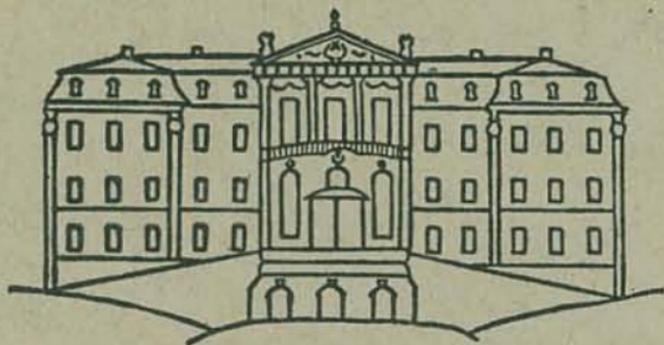


Hefte aus Burgscheidungen

Dr. theol. habil. Günther Kehnscherper

**Die Große Sozialistische Oktoberrevolution
und die Kirchen Mitteleuropas**



162

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeler, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Descyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik

Hefte aus Burgscheidungen

Dr. theol. habil. Günther Kehnscherper

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Kirchen Mitteleuropas

1967

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

CDU
Z 89

I.

„Karl Marx und Friedrich Engels wußten sich gefordert von dem unbedingten Müssen tiefer Verantwortung, den Kampf aufzunehmen gegen die Machtgier und Habsucht, die die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Lebens vergiften. Sie fanden Ungezählte, die ihre Lehre als Antwort erlebten auf die Probleme ihres Lebens, die in der Verwirklichung ihrer Zukunftssicht die Erfüllung ihrer Sehnsucht sahen. Was für Marx und Engels noch Vorwegnahme war, hat dann Lenin zur Größe im Reich der sichtbaren und greifbaren Tatsachen erhoben. Seither dehnt sich auf der Erdkarte der Bereich immer mehr aus, wo man die Visionen von Marx und Engels als Anleitung zum Handeln betrachtet. Erst war es nur ein Land — freilich ein Sechstel der Erde umspannend —, wo das Gesellschaftsbild von Marx und Engels verwirklicht wurde. Dann wurden die heutigen Volksdemokratien nach dem Marxismus-Leninismus geschaffen. Heute wirkt sich die Anziehungskraft dieser Vorbilder in den frei gewordenen Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aus.“ (Prof. D. Emil Fuchs, in: Evangelisches Pfarrerblatt 15—16/1965, S. 227.)

Es mehren sich die Stimmen derer, die erkannt haben, daß die christliche Theologie nicht länger weder an der russischen Oktoberrevolution noch an der marxistischen Geschichtsphilosophie vorübergehen kann:

„Wo die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft im Leben der Völker erkannt und die Gesetzmäßigkeit in der gesellschaftlichen Entwicklung anerkannt und studiert werden, da wird es die Aufgabe der christlichen Ethik, die großen sittlichen Kräfte des christlichen Glaubens auch darauf zu verwenden, den Lauf der Geschichte und die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft in höchstem Maße zu einem neuen gesellschaftlichen und sittlichen Ziel voranzutreiben.“

Die Faktoren, die in der Geschichte und gesellschaftlichen Entwicklung der Völker und der Menschheit — so beispielsweise auch in der Großen Oktoberrevolution — gesetzmäßig obwalten, sind ja genauso wie die Naturgesetze nach unserem christlichen Glauben alle von Gott gemacht und gesetzt. Es ist die Pflicht eines christlichen Theologen, diese Entwicklungsgesetze in der Geschichte und in der menschlichen Gesellschaft

genau kennenzulernen und zu untersuchen.“ (Prof. Dr. G. K e h n s c h e r p e r, „Die Stellung der alten christlichen Kirche zur Sklaverei“, Halle 1957, S. 132.)

„Die christlichen Kirchen waren als Ganzes so eng mit dem völkischen, politischen und kulturellen Milieu verbunden, daß sie deshalb auch kein Verständnis für die Bestrebungen hatten, die der bis dahin an den Rand der Gesellschaft abgedrängten Arbeiterklasse zur Beteiligung an dem Aufbau neuer Ordnungen verhelfen wollten. Es waren nur vereinzelte Theologen und kleine Gemeinschaften von Geistlichen, die sich für den Kampf der Arbeiter verständnisvoll interessierten und einsetzten. Aber auch diese wenigen fanden mitten in den verfaßten Kirchen und der offiziellen Theologie wenig Verständnis. Wie sollten daher die Kirchen dem revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse Verständnis entgegenbringen! Deswegen blieb die sowjetische Revolution von Ende Oktober 1917 den Theologen und Kirchen vollständig fremd. Soweit sie sich mit ihr auseinandersetzten, handelte es sich mehr um eine verneinende Bewertung und eine Verurteilung.

Diese Revolution eröffnete in der Tat eine neue Epoche der modernen Gesellschaftsordnung und Zivilisation. Sie überstieg die Grenzen der gewöhnlichen Politik und zerbrach die traditionellen Anschauungen der Gesellschaftsphilosophie. Sie griff in den Ablauf der Geschichte ein und war ein Warnungszeichen für alle sozialen und politischen Ordnungen, ja sogar für die Werte der menschlichen Zivilisation, die in den sogenannten christlichen Völkern für unentbehrliche Bestandteile des christlichen Lebens gehalten wurden. Es fehlte uns eine freie und mutige Glaubensschau, die nötig gewesen wäre, um den Sinn und auch die Folgen der sowjetischen Revolution in ihrem vollen Gewicht zu erfassen. Die russischen orthodoxen Kirchen gerieten gerade deswegen in eine schwierige Situation, weil sie mit den vorrevolutionären Ordnungen zu eng verflochten waren. Ihr Schicksal erschwerte es den übrigen Christen, den gesellschaftlichen Umschwung freimütig zu betrachten. Noch heute kann eine große Mehrheit des Christentums nur unter großen Schwierigkeiten dazu gebracht werden, sich furchtlos und freimütig mit der Existenz der sowjetischen Gesellschaftsordnung und dem Auftreten des Kommunismus abzufinden.

Es geht jetzt nicht darum, daß wir ohne Vorbehalt und Kritik alles das akzeptieren, was sich im Bereich der neuen revolutionären Gesellschaft abgespielt hat. Namentlich geht es uns nicht darum, unseren Glauben und unser Denken der Ideologie, unter deren Führung eine neue soziale Struktur entsteht,

anzupassen. Aber es liegt uns daran, daß sich die gläubigen Christen von den Fesseln des alten Denkens und der alten Lebensart befreien: d. h. daß sie die alte Lebensart nicht damit identifizieren, was wir Christentum nennen.“ (Prof. Dr. H r o m á d k a, „Von der Reformation zum Morgen“, Leipzig 1959, S. 311 f.)

Ähnliche Gedankengänge hat neuerdings auch der amerikanische Theologieprofessor Harvey C o x in Genf und Prag geäußert.

Diese immer häufiger anzutreffende Würdigung der Oktoberrevolution und ihrer Ergebnisse durch Theologen und Kirchenmänner ist nicht selbstverständlich; denn die Kirchen in Europa sind tief geprägt durch eine eineinhalb Jahrtausende währende staatskirchliche Vergangenheit, die ihnen ein positives Verständnis für Revolutionen bis heute schwermgemacht hat. Seit Kaiser Konstantin im Jahre 313 aus politischen Erwägungen das Christentum zur Staatsreligion gemacht hatte, entwickelte sich ein immer enger werdendes Bündnis zwischen Staat und Kirche, zwischen Thron und Altar, das die Kirche zu einer konservativen, antirevolutionären Macht werden ließ. Die ohne Zweifel vorhandenen und immer wieder hervorbrechenden revolutionären Elemente des Christentums (vgl. S. 8 ff.) wurden aus der Botschaft der Kirche gestrichen, alle progressiven Bewegungen an den Rand der Kirche gedrängt.

So haben heute die Kirchen Mitteleuropas keine revolutionäre Tradition, die ihnen Zugang und Verständnis für die inneren Beweggründe der Oktoberrevolution verschafft hätte. Sie gehörten fast immer zu den staatstragenden, konservativen Kräften. Ja, der antirevolutionäre Geist war derart wirksam, daß er dem christlichen Denken bis auf unsere Tage eine offene, unvoreingenommene Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Revolution und ihren Ideen unmöglich gemacht hat. Die Folge davon war, daß sich die großen Kirchen Europas, aus Ganze gesehen, sowohl der Demokratie als auch dem Sozialismus verschlossen haben. Angesichts revolutionärer Umwälzungen 1917, 1919 und 1945 erlagen die Kirchen dann immer wieder der Versuchung, Sammelpunkt für jene Kräfte zu werden, die eine Veränderung der Sozialstruktur fürchten.

II.

Ein Blick in die Bibel zeigt, wie weit sich die Kirchen mit ihrer konservativen Haltung von der ursprünglichen Botschaft der Schrift entfernt haben.

Schon die Propheten des Alten Testaments forderten – im krassen Gegensatz zur nationalen Kultreligion der Besitzen-

den in Israel — die fortschreitende Heiligung des menschlichen Lebens nach dem göttlichen Willen, die in der Beseitigung des schweren sozialen Unrechts ihren Ausdruck finden sollte. Aus den überlieferten umfangreichen sozial-revolutionären Protesten seien nur wenige Beispiele zitiert.

So wird in Jesaja 5,8 das soziale Unrecht verurteilt: „Weh denen, die Haus an Haus reihen und Acker an Acker fügen, bis kein Land mehr übrig ist und ihr die alleinigen Besitzer des Bodens geworden seid“ (vgl. Jes. 1,15–17; 5,1–7; Amos 8,4 und viele andere Stellen bei Hosea, Micha und Jeremia). Bei einer derartigen Bedrückung und Ausbeutung fanden die Armen nirgendwo Hilfe. Nur Gott war „die Zuflucht der Armen in ihrer Bedrängnis“ (Jesaja 25,4). Aber weil Gott gerecht ist, werde die Vergeltung kommen.

Der Prophet sagt auch, wie diese Vergeltung kommen wird: durch die revolutionäre Erhebung der Unterdrückten; Jesaja 26,1–6 steht es so geschrieben. Diese Worte, die eine theologische Begründung und Rechtfertigung der Revolution sind, gehören zur prophetischen Verkündigung Jesajas, auch wenn sie von einer klerikalen Auslegung immer wieder verschwiegen oder bagatellisiert wurden. „Vertraut auf den Herrn für und für; denn an Gott dem Herrn habt ihr einen ewigen Halt. Denn niedergeworfen hat er die, welche die Schlösser der hohen Stadt bewohnen! Er hat sie erniedrigt, ja, erniedrigt bis zum Boden! Er hat sie niedergestoßen bis in den Staub“ (Jesaja 26,4–5).

Wer hat dieses von Gott gewollte Befreiungswerk getan? Wer führte Gottes Willen aus? Die Antwort des Propheten ist eindeutig klar: „Es zertritt sie der Fuß, ja der Fuß der Leidenden, die Tritte der besitzlosen Menge“ (Jesaja 26,6). Das war nicht eine feierliche Redensart, sondern ein revolutionärer Ruf der gequälten Masse, die der Ausbeutung und der blutigen Kriege der Fürsten müde war. Das geringe Volk wird diese Änderung der Verhältnisse herbeiführen. Man durfte dabei auf die Hilfe Gottes vertrauen, weil das revolutionäre Volk den Willen Gottes vollstreckte.

Immer wieder ist der revolutionäre Charakter dieser und anderer Prophetenworte ins Erbauliche verfälscht worden. Aber es ist Sache einer ehrlichen Schriftauslegung, es aufzuzeigen und zu bezeugen, daß die Propheten solche Worte in revolutionärem Sinne gesprochen haben: „... die Elenden werden wieder Freude haben am Herrn, und die Armen unter den Menschen werden fröhlich sein im Hause Israel. Denn die Gewaltigen werden dann ausgespielt haben“ (Jesaja 29,19–20).

Eine kranke Gesellschaftsordnung, die den herrschenden Ständen alle Vollmacht zur fortgesetzten Unterdrückung und Ausbeutung der Armen gab, hatten die Großen in Israel durch eine äußerliche Kultfrömmigkeit geschickt bemäntelt. Aber die Propheten Amos, Hosea, Micha und Jeremia erkannten klar, daß die Priesterschaft die Religion mißbrauchte, um die kranken gesellschaftlichen Verhältnisse zu rechtfertigen und zu stützen. Deshalb durften sie nicht schweigen (Micha 3,10–11). Das Urteil der alttestamentlichen Propheten über die Großen, den Landadel und die Priesterschaft, die alle Stützen der Sklavenhaltergesellschaft waren, ist ein revolutionärer Angriff auf die bestehenden Unrechtsverhältnisse. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß diese Propheten in der Regel getötet wurden. Denn die Besitzenden fürchteten die heraufziehende Revolution (Jesaja 32,1–7).

Das ist die Lehre der prophetischen Schriften des Alten Testaments: Wenn es einen Gott gibt, der Gerechtigkeit fordert und den Frieden liebt, dann muß es bereits auf dieser Erde einen entsprechenden Zustand der Gerechtigkeit und des Friedens geben. Gottes Allmacht und sein heiliger Wille werden einen solchen Zustand herbeiführen. Daraus folgt aber: Der Zustand der Rechtlosigkeit und der Unterdrückung der Armen, der Mißhandlung der Schuldklaven, der Ausbeutung der Kinder und Witwen, der Rechtsbeugung und der Grausamkeit gegen Leibeigene ist ein Verbrechen, das beseitigt werden wird: „... bis endlich der Geist aus der Höhe ausgegossen wird. Dann wird die Steppe zum Fruchtgarten werden, und der Fruchtgarten wird dicht sein wie der Wald. Dann wird das Recht sogar in der Steppe wohnen, und Gerechtigkeit wird eine Stätte in jedem Fruchtgarten haben. Und die Wirkung der Gerechtigkeit wird Friede sein und das Ergebnis des Rechtes: Ruhe und Vertrauen ‚für immer‘. Mein Volk wird dann eine Stätte des Friedens bewohnen: in sicheren Wohnungen wird es sorgenfrei sein. Aber hageln wird es, wenn der Wald niederstürzt und die Stadt in Niedrigkeit versinkt!“ (Jesaja 32,15–19).

Das ist die Leidenschaft der Propheten, die einen Karl Marx begeisterte, der von seinem Elternhaus her die Propheten kannte. Sein Abituraufsatz über das Johannes-Evangelium gibt uns davon Kenntnis. Auch später noch, als er alle religiösen Bindungen abgetan hatte, inspirierte ihn dieser revolutionäre Geist alttestamentlichen Prophetentums zu den Worten: „Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten; sie haben eine Welt zu gewinnen.“ Dieser Geist gab dem Marxismus die Gewißheit, daß die gerechte Sache des Prole-

tariats auch unter schwierigsten Umständen und trotz der Feindschaft fast der ganzen Welt siegen würde.

Von den christlichen Theologen im Abendland wurden demgegenüber fast nur die religiösen Abschnitte aus den Prophetenschriften kommentiert und gepredigt. Über die in der Bibel geschilderten sozialen Notstände gingen die Ausleger hinweg, als wären es belanglose, nebensächliche Dinge, die die Propheten angesprochen hätten. Es krankt die Schriftauslegung auch heute noch daran, daß viele kirchliche Darstellungen es unterlassen, die gesellschaftlichen Verhältnisse, also die sozialen Widersprüche und die Not der breiten Volksmassen, die in Palästina zur Zeit der Propheten durch die Ausbeutungsmethoden einer Sklavenhaltergesellschaft entstanden waren, zu erwähnen. Bereits dadurch aber hat man sich schon im theologischen Ansatz gegen ein Verständnis der Sozialstrukturen der Neuzeit, insbesondere gegen eine gerechte Würdigung der Großen Oktoberrevolution, verschlossen.

Man darf es nicht übersehen, daß eine einseitige Schriftauslegung das Traumbild eines patriarchalischen Verhältnisses von Herren und Sklaven im alten Israel und von einer Gesellschaft ohne Klassenkämpfe verbreitet hat. Man verfälschte die Darstellung der sozialen Verhältnisse auf Kosten der geschichtlichen Wahrheit, um den Einwand nicht aufkommen zu lassen, die jüdische Kultreligion und späterhin auch die katholische Kirche hätten die ungeheuerlichen sozialen Zustände geduldet, die die Propheten und manche frühchristliche Gruppen bereits verurteilt hatten. Prof. D. Leopoldt hat diese Geschichtsfälschung in seinem Buch „Der soziale Gedanke in der altchristlichen Kirche“ zerstört, indem er durch zahlreiche Belege den Nachweis erbrachte, daß die Sklavenhalter-Ökonomie auch im alten Israel die Moral bestimmte und im krassen Gegensatz zur Verkündigung der Propheten stand: „Sklaverei ist Unehre für Gott“ (Jeremia 34,16). Die Bücher der Propheten sind ein unüberhörbares Zeugnis für scharfe Klassenkämpfe in der damaligen Zeit. Und nur Geschichtsfälscher können das revolutionäre Element in den Worten der Propheten übersehen.

Auch Johannes der Täufer, den man den letzten alttestamentlichen Propheten nennen kann, steht in dieser sozialkritischen, revolutionären Tradition, wie es besonders die Lukas-Überlieferung erkennen läßt. Aus der Gleichheit aller Menschen vor Gott folgt die Forderung nach Gerechtigkeit und Gleichheit für sie alle in bezug auf Kleidung und Lebensunterhalt. Wenn die herrschenden Kreise im Hinblick auf ihre vornehme, adlige Abstammung Unterschiede aufrichteten, so

werde Gott die Unterschiede beseitigen, indem er sich eher aus Steinen Kinder erwecken, als ihre selbstgefälligen, überheblichen Ansprüche anerkennen werde. Er droht den stolzen Herrschergeschlechtern den Untergang an und verweist auf kranke Obstbäume im Garten, die gefällt werden (Lukas 3,7–9). Aber für die Armen fordert er die gerechte Verteilung des Besitzes, von Kleidung und Nahrung (V.11)!

Indem die Ausleger behaupten, Johannes habe hier einzelnen Reichen (V.11), Steuerpächtern (V.12–13) und Legionären (V.14) einen seelsorgerlichen Rat gegeben, bog man die sozialkritische Tendenz der Prophetenworte ins Individualistische um, rechtfertigte die damals bestehende Wirtschaftsordnung und verhinderte, daß sich die verelendeten Massen ihr Recht verschaffen konnten – bis hin zum Großen Deutschen Bauernkrieg!

Der sozial-revolutionäre Ernst der Bußpredigt des Johannes wird auch noch aus der Überlieferung bei Lukas 3,15 ff. deutlich, wo – wie schon in den vorhergehenden Abschnitten auf Jesaja 40 – hier auf Vers 11,23 und 27 zurückgegriffen wird: „Ich taufe euch mit Wasser; es kommt aber ein Stärkerer nach mir, und ich werde nicht wert sein, die Riemen an seinen Schuhen zu lösen; der wird euch mit Heiligem Geist reinigen und mit Feuer. In seiner Hand ist die Wurfshaufel, und er wird seine Tenne fegen und wird den Weizen in seine Scheuer sammeln, die Spreu aber wird er mit unlöschbarem Feuer verbrennen.“ Für eine Staatskirche entstand hier immer wieder Ärger. Die Umdeutungsversuche werden daher hier am deutlichsten sichtbar.

III.

Aber nicht nur vom Alten Testament her gibt es im Christentum Traditionen, die sozial-revolutionäre Elemente enthalten. Zur Zeit der Entstehung des Neuen Testaments gab es in der griechischen Geisteswelt und dann später auch im römischen Machtbereich revolutionäre Proteste gegen die bestehende Unrechtsordnung, hauptsächlich gegen die Sklaverei. Philosophen und Dichter protestierten teilweise in scharfer Form gegen die Mißachtung der Menschenwürde und die Vorenthaltung der Menschenrechte, wie sie das Naturrecht feststellte, durch die Sklavenhalter. Die Philosophenschule der Stoa hat sich in einem bedeutenden Programm zur Würde des Menschen und zur Gleichberechtigung der Sklaven bekannt und zugleich die Verbrechen der Sklavenhalter verurteilt. Auch diese humanistischen Elemente haben ins Christentum Eingang gefunden und verbanden sich mit den radikalen und

umstürzenden Forderungen Jesu Christi in sozial-kritischer Hinsicht.

Aber nicht die christliche Botschaft mit den in ihr enthaltenen revolutionären und sozialkritischen Elementen der alttestamentlichen Propheten und der Stoa setzte sich durch. Es lag ein wirtschaftliches Bedürfnis vor, im Römischen Reich die bestehende soziale Struktur einschließlich der Sklaverei zu erhalten. Die Bedürfnisse der Sklavenhalter waren hinreichende Begründung für die Beibehaltung selbst von unhaltbaren sozialen Zuständen, deren Widerspruch zum Naturrecht offenkundig war. In dem Maße, wie die Kirche Staatskirche wurde und man sie an der Leitung des politischen Systems beteiligte, rechtfertigte sie die bestehende Ordnung und eliminierte die sozialkritischen Elemente aus der christlichen Botschaft.

Zwangsläufig nahmen daher die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse diesen Verlauf: Wo wirtschaftliche Zweckmäßigkeiten der Forderungen der Besitzenden mit prophetischen oder urchristlichen Forderungen oder auch nur christlich-sozialen Erwägungen ethischer Art in Konflikt gerieten, erhielten die „praktischen Notwendigkeiten“ immer den Vorrang. Sehr bald wurde auch die Botschaft Jesu Christi im Hinblick auf ihre sozialen Forderungen dieser ethischen und zugleich theologischen Verkürzung unterworfen.

Es ist wohl kein Zufall, daß gerade zur Zeit der Oktoberrevolution jene Kreise, die das Christentum als ein wichtiges Mittel zur Sicherung der zaristischen und ihrer eigenen Herrschaft mißbrauchten, lebhaft die These vertraten: „Jesus hatte kein soziales Programm.“ Das war eins der ersten Argumente gegen die vom revolutionären Rußland aus die kranken Sozialverhältnisse Westeuropas bedrohende Revolution. Theologie und Kirche waren infolge einer langen geschichtlichen Entwicklung derart mit der herrschenden Gesellschaft und ihrer Wirtschaftsform verbunden, daß ihnen der Blick für die soziale Notwendigkeit der Revolution im zaristischen Rußland getrübt war. „Es gab zu Jesu Zeiten in Palästina keine soziale Frage“ (E. L o h m e y e r, Die soziale Frage im Urchristentum, 1921). Solche Feststellungen hat man bis zur Gegenwart immer wieder mit Befriedigung hingenommen.

Dennoch läßt es sich nicht bestreiten, daß Jesus von Nazareth bei Beginn seiner Tätigkeit an die schärfsten Forderungen und Kritiken des Propheten Jesaja angeknüpft und in Nazareth das „Jahr der Gnade“, das Hall-Jahr, das Jahr der Freilassung der Sklaven, der Schuldgefangenen und des gepfändeten Besitzes ausgerufen hatte, dessen schon seit langer Zeit

von den Propheten geforderte regelmäßige Durchführung die Mächtigen in Israel immer wieder mit frommen Redensarten zu hintertreiben gewußt hatten (Lukas 4,16 ff.). An den sozialrevolutionären Inhalt der Sprüche Jeremias und Jesajas knüpfte Jesus an, als er den Anbruch der Gottesherrschaft verkündigte. Durch seine Kenntnis der Propheten wußte er, welch ein Abgrund gähnte zwischen der ursprünglichen Forderung des göttlichen Gesetzes und der erbarmungslosen Wirklichkeit, wie sie die Reichen gestaltet hatten. Gott hatte sich durch ein gutes Gesetz zu allen Menschen bekannt, aber gewalttätige Menschen hatten es fortgesetzt übertreten und verändert.

Schuldversklavung, Leibeigenschaft, Menschenraub zum Zweck der Sklaverei, Entrechtung der freien Landbewohner durch Wucherzinsen – das waren die Mittel, durch die die Herren die Macht ausübten, so daß fast der gesamte anbaufähige Boden und ganze Straßenzüge der Städte ihnen gehörten. Der Arme war völlig rechtlos und wurde zur gesuchten Beute der Reichen. Diese bedrückenden Zustände kannte Jesus von Jugend an. Er sah sie noch deutlicher auf seinen Wanderungen: Immer dieselbe Not entrechteter, geschundener Menschen! Buße ist nötig, völlige Umkehr und Erneuerung allein kann hier noch helfen! Ein anderes Denken muß im Volk Israel Platz greifen! Diese Nöte der Armen und diese Erkenntnisse trieben ihn dazu, in Nazareth das „Große Gnadenjahr Gottes“ und dann den Anbruch der Gottesherrschaft auszurufen.

Eine spiritualistische Auslegung hat die umwälzende Predigt Jesu in einen „Trost der Herzen“ umgefälscht und jeden Aufruf zur äußerlichen Hilfe und Umwälzung geleugnet. Heute ist erwiesen, wie tief der Klassengegensatz im alten Israel war und wie tief die Predigt Jesu als ein Alarmsignal in dieses Unrecht eingriff, weil ihn der erbarmungswürdige Zustand der unterdrückten und ausgebeuteten und darum so sehr verelendeten Menschen jammerte: „Und da er das Volk sah, jammerte ihn desselben; denn sie waren verschmachtet und zerstreut wie die Schafe, die keinen Hirten haben“ (Matth. 9,36).

Aber so, wie viele christliche Ausleger die Klassengegensätze in Israel, das Unrecht und die an Verbrechen grenzenden Vorrechte der Besitzenden in der damaligen Gesellschaftsordnung verharmlosten, umdeuteten oder fortinterpretierten, so wollten sie auch die Ausbeutung und Unterdrückung der verarmten und entrechteten Bevölkerung im Zarenreich nicht wahrhaben. Sie bestritten, daß die zaristische Kirche durch den

äußeren Glanz ihres Kultus dieses Unrecht verdeckte und rechtfertigte.

Die Tempelreinigung durch Jesus, die zu seiner Verhaftung führte, stört das Jesusbild eines ausgeglichenen, milden Seelsorgers, wie es manche kirchlichen Kreise haben möchten. Ein Jesus, der im geheiligten Bezirk des Tempels zur Peitsche greift, der die Tische der Geldwechsler umstößt, die zum Kauf angebotenen Opfertiere verjagt, ist sehr unbequem. So beschäftigt sich denn auch kaum ein Ausleger mit der Frage, was Jesus wohl durch diese Tat bezweckt hat und wie er sich den weiteren Ablauf der Dinge wohl vorgestellt haben mag.

Besonders das Lukas-Evangelium läßt noch die kritische und umwälzende Stellung zu den sozialen Fragen seiner Zeit erkennen: Jesus hat den Antichrist im Mammon gesehen! Wo aber noch in der Alten Kirche stärkere Gemeindegruppen Konsequenzen aus den sozialen Forderungen Jesu ziehen wollten, wurden sie isoliert und in die Separation gedrängt. So wurde unter Kaiser Heliogabalus (218–222 n. Chr.) Bischof Hippolyt von Rom, der sich auf die Proletariengemeinden der römischen Vorstädte stützte, von einem Gegenbischof der konservativen, kaisertreuen Gruppe der wohlhabenden Römer in die Separation gedrängt. Bei der Wahl des Bischofs distanzierten sie sich aufs schroffste von den ärmlichen Gemeinden der Vorstädte, zu denen überwiegend Sklaven gehörten. So wurde die Alte Kirche damals durch schwere Auseinandersetzungen innerhalb der christlichen Gemeinden erschüttert. Sie trugen in Rom eindeutig den Charakter von Klassengegensätzen.

Auch der Bischof Novatian von Rom kam durch die Befolgung der Botschaft Jesu und ihrer sozialen Konsequenzen in schwere Konflikte mit der kirchlichen und weltlichen Obrigkeit. Als Verfechter einer strengen Bußpraxis war er im Kampf gegen den liberalistischen Bischof Cornelius 251 unterlegen, aber seine Gemeinden behaupteten sich als die „durch keine Todsünde befleckten“ (katharoi = die Reinen) trotz aller kirchlichen Verfolgung im Abendland und Orient bis ins 7. Jahrhundert als starke kirchliche Gruppe. Als die „Reinen“ und die „Armen Jesu“ waren sie Gegner der Sklaverei, Feinde des Mammon sowie entschlossene Gegner des Kaisers und seiner Eroberungskriege.

Weil Bischof Novatian ein Christentum gepflegt hat, wie es der römischen Hierarchie nicht genehm war, und da er ferner im scharfen Gegensatz zu den imperialistischen Zielen des Römischen Reiches und seiner korrupten Finanzwirtschaft stand und die mit der römischen Aristokratie sympathisierende

rende Großkirche bekämpft hatte, wurde er nicht in der offiziellen Märtyrerliste geführt. Und das Fest der Geburt Jesu, das von den Sklavengemeinden Hippolyts in Rom etwa seit dem Jahre 220 am 25. Dezember gefeiert wurde, übernahm die Großkirche der angedeuteten Gegensätze wegen erst mehr als 100 Jahre später, worauf neuerdings Prof. Dr. W. Hartke (Über Jahrespunkte und Feste, insbesondere das Weihnachtsfest, Berlin 1956) hingewiesen hat.

So haben immer wieder in der Geschichte der Kirche starke Gruppen so wie Jesus den Antichrist im Mammon gesehen. Aber die Kirchen des beginnenden 20. Jahrhunderts haben mit verschwindenden Ausnahmen den „Antichrist“ und „das apokalyptische Tier aus dem Abgrund“ im revolutionären Marxismus gesehen! Und erst 50 Jahre nach der Oktoberrevolution beginnt man auch in der westlichen Welt einzusehen, daß – wie Prof. J. L. Hromádka („Von der Reformation zum Morgen“, S. 311) sagt – „Gott zerstört, um neue Grundlagen für einen Neubau zu schaffen, ja sogar, daß Gott Altäre und Gotteshäuser zerbricht“.

Diese kurzen Hinweise und Beispiele mögen für viele andere stehen: Das Christentum kennt von seinem Ursprung her umwälzende sozialkritische Forderungen und ist seiner ganzen Struktur nach sozial-revolutionär. Die Botschaft der alten christlichen Kirche wendet sich wie die Botschaft der Propheten des Alten Testaments und die Botschaft Jesu Christi in ihrer Terminologie und in ihrer Grundtendenz an die ärmsten und elendesten Menschen, an die Rechtlosen, die Wehrlosen, die Unterdrückten, die Mißhandelten und an die Sklaven. Die christliche Botschaft hat nicht nur eine revolutionäre Tradition, sondern ist selbst ursprünglich in höchstem Maße revolutionär gewesen.

IV.

Aber es hat nicht lange gedauert, bis diese Botschaft spiritualistisch ausgelegt und im Sinne der herrschenden Klasse individualistisch und eschatologisch gedeutet wurde. Je weniger die Kirche nach ihrer Bestallung zur Staatskirche auf die Änderung der sozialen Zustände Einfluß nehmen wollte, um so mehr entwickelte sie eine Sittlichkeit individualistischer Art. Die Kreise in der jungen Kirche, besonders die Novatianer und Donatisten, die immer wieder auch auf eine Änderung der sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse drängten und mit der Botschaft der Propheten und Jesu Ernst machen wollten, wurden verketzert, in den Bann getan und verfolgt.

Wir können uns nicht trösten oder damit gar rechtfertigen, daß alle Versuche des Altertums, im Rahmen der Kirche oder durch Sekten soziale Strukturveränderungen zu bewirken, mißlingen mußten, weil die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen für eine wirkliche Reform noch nicht reif waren. Vielmehr müssen wir zugeben, daß es sich hier nicht nur um ein geschichtliches und menschliches Versagen infolge der Gebundenheit an eine bestimmte Wirtschaftsform oder Gesellschaftsstruktur handelte, sondern wir müssen feststellen, daß ein Widerspruch, ein Akt des Ungehorsams gegen eine der wichtigsten sozial-ethischen Forderungen der Propheten und Jesu darin besteht, daß man das revolutionäre und sozial-kritische Element aus dieser Botschaft verdrängt hat.

Trotzdem bleibt es zumindest ein Rätsel — wenn man es nicht ein Unrecht nennen will —, wie die allumfassende Botschaft von der Nächstenliebe und Brüderlichkeit sowie der Gleichheit aller Menschen vor Gott dennoch unendliches Unrecht in der Sklavenhaltergesellschaft, dem Feudalismus und dem Kapitalismus bis hin zu den unmenschlichen Zuständen im zaristischen Rußland als eine Ordnung hinnehmen konnte, an der nicht gerüttelt werden durfte! Ja, man verdamnte in Gottes Namen jeden ernsthaften Versuch zur Änderung der bestehenden ungerechten Verhältnisse. Das gilt für die Alte Kirche mit ihrer Verfolgung der Donatisten und Novatianer, für die mittelalterliche Kirche mit ihren blutigen Kriegen gegen die Waldenser und ihre fatale Haltung gegenüber den aufständischen Bauern, und das gilt dann hinsichtlich der Stellung der Kirchen der Neuzeit zur russischen Oktoberrevolution.

Daraus ergibt sich für uns diese Folgerung: Wenn man die Geltung bestimmter ökonomischer Gesetze in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft nicht sehen will, solche Gesetzmäßigkeiten auch in der Geschichte nicht anerkennt und dazu die kritischen Elemente der biblischen Botschaft ignoriert, kommt es, wie bereits damals, so auch heute zu einer Praxis, in der trotz einer hochstehenden Individualethik die bestehenden Verhältnisse immer wieder als „gottgewollt“ angesehen werden. Das geschieht selbst dann noch, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse schuldhaft und sogar verbrecherisch geworden sind, wie im zaristischen Rußland. Diese Verhältnisse werden dann geduldet und unter Beteiligung von Christen weitergeführt, theologisch und moralisch gerechtfertigt und jede revolutionäre Bewegung noch als gottfeindlich unterdrückt.

Trotz dieser übermächtigen restaurativen Tendenzen ist in den christlichen Kirchen das Bewußtsein nie ganz erstorben, daß Jesus Christus das irdische Leben der Armen und Elenden hatte neu gestalten wollen. Vielfältige Gruppen und Bewegungen haben die Botschaft Jesu vom Anbruch der Gottesherrschaft in ihrer ursprünglichen Kraft und radikalen Zielsetzung bewahrt und immer wieder Ansätze für ein echtes Verständnis revolutionärer Vorgänge gegeben.

Die Essener, die Therapeuten, die große Gruppe der Donatisten und die Waldenser haben mit großem prophetischem Ernst die ursprünglichen Forderungen des Evangeliums zu bewahren und zu verwirklichen gesucht. Besonders der Donatismus muß als die direkte christliche Fortsetzung der alttestamentlichen Prophetie angesehen werden, die mit revolutionärem Schwung den Anbruch der Gottesherrschaft zum Heil der Unterdrückten, Gefangenen und Sklaven verkündet hatte. Ähnliche revolutionäre Ansätze in der lutherischen Reformation hat der Vorsitzende unserer Christlich-Demokratischen Union, Gerald Götting, herausgearbeitet und aufgezeigt (Gerald Götting, Reformation und Revolution, in: Evangelisches Pfarrblatt 10/1966).

Martin Luther hat zunächst vom Evangelium her die Forderungen der Bauern, die in den Schwabacher Artikeln aufgestellt waren, durchaus bejaht und als „gottgewollt“ bezeichnet. Als dann aber der Aufstand losbrach, sah er „die Ordnung“ bedroht und rief in seiner Furcht die Fürsten gegen die Bauern auf. So ging wieder einmal eine revolutionäre christliche Bewegung unter.

In den Großkirchen zeigte sich kein Platz für das ursprüngliche Evangelium: In der werdenden römischen Papstkirche siegte die Gesellschaftslehre der antiken, heidnischen Sklavenhalter und der feudalen Machtordnung. Es siegte das Weltbild des heidnischen Philosophen Aristoteles und des Ptolemäus. Es siegte das römische Recht mit seinem Obrigkeitsdenken und dem Untertanenbewußtsein über die hellenistisch-demokratischen Ansätze der jungen Kirche. Und im 20. Jahrhundert verhinderte das Überwiegen einer unchristlichen Weltanschauung, die den Antikommunismus auf ihre Fahnen geschrieben hatte, jahrzehntelang ein echtes Verständnis des revolutionären Anliegens des geknechteten russischen Volkes. Grausamkeiten bei der Verfolgung der Ketzer, der Donatisten, der Wiedertäufer, der aufständischen Bauern der Reformationszeit und heute die Verbrechen der amerikanischen Aggression

in Vietnam zur Verhinderung der echten revolutionären Bestrebungen des vietnamesischen Volkes wurden und werden immer wieder von manchen Christen Westeuropas und Amerikas auch heute noch mit dem Hinweis auf ihre „Notwendigkeit zur Verhinderung weit größeren Unheils“ entschuldigt oder doch verharmlost; aber alle Maßnahmen der Notwehr der bedrängten Revolutionäre der Oktoberrevolution im Kampf gegen Weißgardisten, Konterrevolutionäre und einen mit dem Ausland im Bunde stehenden Klerus wurden verurteilt. Große Schuld trug hier der höhere Klerus, soweit er ins Ausland emigrierte und von dort gegen den Kommunismus agitierte.

Daß es zu harten Auseinandersetzungen zwischen Staat und Orthodoxer Kirche im Verlauf der Oktoberrevolution kam, kann nur den verwundern, der übersieht, daß die Staatskirche innerhalb des Byzantinischen Reiches und später im Zarenreich zuerst die Institution der Sklavenhaltergesellschaft und dann die feudalistische Ordnung als eine göttliche Schöpfungsordnung moralisch begründete und theologisch rechtfertigte. Noch im Herbst 1921 hatte die „Bischofssynode der russischen Auslandskirche“ auf ihrem Konzil in Karlowitz in Jugoslawien theologisch nichts Wichtigeres zu tun, als die Forderung nach Wiedereinsetzung der Dynastie Romanow auf den russischen Zarenthron als Hauptpunkt auf die Tagesordnung zu setzen!

Es ist uns heute unverständlich, wie der Respekt der Orthodoxen Kirche vor dem irdischen Zarenstaat und seiner Gesetzgebung, in der weithin auch nicht ein Funke christlichen Geistes zu verspüren war, mit dem Glauben an den Herrn des Himmels und der Erde zu vereinbaren war. Ja, auf die Bestimmungen zur Verfolgung aller Sekten durch Polizeigewalt griff der höhere orthodoxe Klerus mehrfach zurück! Der herrschende Klerus jedenfalls schien keinen Anstoß daran zu nehmen, daß der ethische Gehalt der göttlichen Gebote etwas ganz anderes besagte, als was der Zar und die herrschende Klasse des alten Rußland beispielsweise bis zur Aufhebung der Leibeigenschaft 1861, aber auch noch späterhin gegenüber den rechtlosen und verarmten Bauern praktiziert hatten.

So ist im Baedeker von 1903 bei den Besonderheiten eines Petersburger Klosters vermerkt: „Jahreseinnahmen 900 000 Rubel.“ (Zu dieser Zeit kostete ein Pferd 10 Rubel!) Und was geschah mit diesen Einnahmen? Sie wurden für die Erweiterung des kirchlichen Besitzes und für prunkvolle Geräte in den Kirchen verwendet, nicht etwa für Krankenhäuser oder Krüppelheime. Die Rüstkammer des Kreml in Moskau, in der nur ein kleiner Bruchteil dieser Kirchenschätze aus der Zeit

vor der Revolution aufbewahrt wird, läßt noch heute den Besucher diesen Reichtum an Gold, Silber und Edelsteinen nicht nach Gramm und Pfund, sondern nur nach Zentnern errechnen.

Man stellt sich angesichts der damaligen materiellen Möglichkeiten unwillkürlich die Frage, warum die Zarenkirche außer Almosen für die Bettler keinerlei Sozialarbeit oder Caritas getrieben hat. In den protestantischen Kirchen war zu dieser Zeit längst die Innere Mission nach dem Vorbild Wicherns ein wichtiger Teil des kirchlichen Dienstes geworden. Krankenhäuser, Altersheime, Pflegeanstalten und Erziehungseinrichtungen waren in Deutschland durch Kollektivenmittel und Spenden der Gläubigen geschaffen worden. Die Begriffe der Caritas und der Diakonie aber waren der zaristischen Kirche so fremd wie die Predigt, das lebendige Glaubenszeugnis des einzelnen und die Toleranz gegen Andersgläubige. In dem Maße, wie in der zaristischen Kirche jede Sozialkritik unterdrückt wurde, dachte man vordergründig nur noch in Machtpositionen und machte kirchlichen Einfluß lediglich im politischen Raume und beim Finanzaufkommen geltend.

In den europäischen Kirchen wußte man durchaus um all diese geistlichen Verwüstungen im Raume der zaristischen Kirche und um die Minderung der evangelischen Substanz innerhalb der orthodoxen Verkündigung. Aber erstaunlicherweise waren dann doch trotz gelegentlicher Kritik alle Sympathien der westlichen Kirchen immer bei der zaristischen Großkirche; fast niemals ließ man den von ihr vernichteten „häretischen“ oder „schismatischen“ sozial-revolutionären Gruppen und Sekten Gerechtigkeit widerfahren. Für die unterdrückte Bevölkerung des Zarenreiches trat nur die sozialdemokratische Presse ein, die von bürgerlich-„rechtlich“ Denkenden grundsätzlich nicht gelesen wurde. Die Mehrheit der Christen des wohlhabenden Mitteleuropas vertrat in einer Art von naivem Realismus die Auffassung, daß die prunkvoll demonstrierte Macht der zaristischen Kirche letztlich doch eine eindeutige Legitimation ihres Anspruches auf Vertreten der göttlichen Wahrheit bedeute.

Das aber war ein verhängnisvoller Irrtum! Neben allen anderen Argumenten sind das persönliche Leben Jesu und seine Vernichtung durch äußere, klerikale Macht das völlige Gegenteil von dieser bis heute noch lebendigen Geschichtsauffassung bürgerlicher Kreise, daß die Wahrheit Jesu dort sei, wo die Kirche prachtvollen Kult und politische Macht demonstrierte.

Bei der Auswertung des historischen Materials kommen wir heute zu wesentlich anderen Ergebnissen in der Beurteilung der „Christlichkeit“ der zaristischen Kirche!

VI.

Neben dem Verrat der revolutionären und sozialkritischen Forderungen des Evangeliums sowohl in der zaristischen wie auch in den westlichen Kirchen sind es vor allem drei Momente, die bis auf verschwindende Ausnahmen zunächst eine ablehnende Stellung zur Oktoberrevolution bewirkten:

1. Ablehnung der Revolution als eines möglichen politischen Weges zur Behebung sozialer Notstände.

Die kirchlich-theologischen Argumente waren dabei nur Verbrämung, die wirklichen Motive lagen — und liegen leider auch heute noch — tiefer, und zwar hatten sie sozial-reaktionären Charakter.

Die reformatorischen Kirchen hätten eine evangelische Sozialethik entwickeln müssen. Die theologischen Voraussetzungen dazu waren durchaus vorhanden. Luther hatte zwar den Aufruhr als politisches Mittel abgelehnt, zugleich aber einen Landesherrn, Fürsten oder Magistrat, der Unrecht, Ausbeutung oder Versklavung duldet oder selbst treibt, als Rebellen und Aufrührer gegen die göttliche Ordnung bezeichnet. Brechung des Aufruhrs hätte also nach lutherischer Lehre heißen müssen: Beseitigung des Unruheherdes, evtl. der Fürsten, die zu Aufrührern geworden waren. Nicht die sich Wehrenden, sondern die Unterdrückten sind die Aufrührer.

Dadurch, daß man dann im 19. Jahrhundert die ausgebeuteten Industriearbeiter und im 20. Jahrhundert auch die kritisch denkende Intelligenz aus der Kirche hinausdrängte, war das Milieu der Kirchen in Mitteleuropa verhältnismäßig einheitlich bürgerlich und enthielt kaum noch antagonistische Spannungen, die zu einem echten Verständnis der Oktoberrevolution und ihrer Auswirkungen hätten führen können. Naumann, Kutter, Ragaz und die Religiös-Sozialen in Deutschland wie Fuchs, Hertzsch, Hertz u. a. wurden menschlich und theologisch unerbittlich in die Isolierung gedrängt. Man ließ sich auch nicht durch den Hinweis auf das Evangelium dazu bewegen, im Gefüge von Gesellschaft und Kirche und ihrem Bewußtsein der Berechtigung der Revolution einen Platz einzuräumen.

„Zurückschauend auf die Ära Wilhelms II. wird man sagen dürfen, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht ganz unrecht

hatte, wenn sie der Regierung des bürgerlichen Staates dauernd vorwarf, sie habe kein Verständnis für den Arbeiter und seine Lebensverhältnisse, wolle dafür auch gar kein Verständnis haben; infolgedessen sei die bürgerliche Rechtsprechung ein einziges großes Unrecht gegenüber der arbeitenden Klasse.“ Das muß sogar O. Dibelius zugeben (Grenzen des Staates, S. 46), um doch im gleichen Atemzug die Initiative der revolutionären Arbeiter und Bauern in gehässiger Weise zu verdammen.

Der eigne Besitz oder die Hoffnung auf Gewinn und Vermögen, die von den bürgerlichen Kirchen eifrig gepflegt wurde, ließen die Revolution als eine Radikalkur erscheinen, die mehr Schaden anrichten würde als jede Krankheit, die den bürgerlichen Staat befallen könnte.

Man könnte nun zwar Zitate von Theologen der zwanziger Jahre bringen, die mit einiger Objektivität die Verzerrung des Kirchenbegriffs der zaristischen Zeit aufzeigen. Das hinderte diese Theologen aber nicht, in ihrem eigenen gesellschaftlich-politischen Engagement in der Weimarer Zeit und der Zeit des Faschismus blind den Vorurteilen ihrer bürgerlichen Gesellschaft gegen die Oktoberrevolution zu folgen. Im Entdecken der Splitter im Auge des Nächsten war man genau, selbst wenn im eigenen Auge ein Balken vorhanden war.

Jede Revolution hat eine materiell-gesellschaftliche und eine geistig-ideologische Seite. Diese beiden Aspekte der Oktoberrevolution waren dem bürgerlichen Durchschnittschristen in hohem Maße verdächtig. Die Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie hatten ihn spüren lassen, daß die geistige Revolution notgedrungen zur Entlarvung und auch Verhöhnung dessen führen mußte, was ihm zwar auch in gewissem Sinne erneuerungsbedürftig erschien, aber doch so lieb und teuer war, daß er es um keinen Preis verlieren mochte. Die gesellschaftliche Revolution aber führte unter Umständen nicht nur zu Kratzern am Privateigentum, sondern sogar zu seinem Verlust. So ist der Revolutionär der Feind schlechthin, und jedes „Durchgreifen“ gegen ihn ist in sich selbst ohne weiteres gerechtfertigt.

Man vergleiche hierzu nur die Referate, die auf der 1. verfassunggebenden Generalsynode der Kirche der Altpreussischen Union im Februar 1922 in Berlin gegen die Oktoberrevolution und die Novemberrevolution in Deutschland gehalten wurden: Die Ablehnung richtete sich einmal gegen die Revolution als eine freiwillige, bewaffnete Initiative ohne klaren Befehl von Vorgesetzten, was dem Obrigkeitendenken wider-

sprach, und ferner gegen den Angriff der Revolution auf Werte, die doch von kirchlichen Experten als „Qualität“ bezeichnet worden waren, d. h. die nach der Lehrmeinung kirchlicher Sittenlehrer die Wertordnung des christlichen Abendlandes bedeuteten.

Die Kirche förderte zudem die Sehnsucht des Bürgers, in Ruhe gelassen zu werden. Man stimmte denn auch später der faschistischen Pseudorevolution weithin deshalb zu, weil sie die bisherige ökonomische Basis des Besitztums garantierte und „abendländische Werte“ beschwor. Auf diese Weise meinte man vor allen sozialen Fragen und möglichen Umwälzungen endgültig Ruhe zu haben. Weltwirtschaftskrise, Faschismus, Krieg, Nachkriegsnot und Kalter Krieg haben diese instinktive Reaktion des um seinen Besitz, sein Vermögen und seine Ruhe ständig bangenden Bürgertums noch verschärft und sie um diejenigen Kreise der Kirchen sich scharen lassen, die ihnen – als falscher Freund und wahrer Feind – Ruhe vor sozialrevolutionären Forderungen und Geborgenheit vor allen gesellschaftlichen Wandlungen verheißen haben.

Leider hat sich auch die Sozialdemokratische Partei in der Bundesrepublik durch die große Koalition in die Rolle dieser „Ordnungshüter“ einbeziehen lassen und damit eine zutiefst antirevolutionäre Stellung bezogen. Im Gerede von der „Sozialpartnerschaft“ und in der Volkswagen-Kleinaktie hofft man das gesellschaftlich-ideologisch gleichwertige Gegenstück zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gefunden zu haben. In Veranstaltungen einiger Evangelischer Akademien hat man mehrfach versucht, diese Ideologie vom Ende des Klassenkampfes zu verbreiten und zu untermauern. Die „kleine Welt“ des Kleinbürgers soll unangetastet bleiben!

Daß Lenin diese Situation schon frühzeitig durchschaute und tiefgreifende Maßnahmen dagegen einleitete, zeigen seine politischen und soziologischen Auseinandersetzungen mit der bürgerlichen Vorstellungswelt, wie sie neuerdings von M. I. S c h a c h n o w i t s c h („Lenin und die Fragen des Atheismus“, Berlin 1966) gesammelt und kommentiert worden sind. Trotzdem bestanden im Sowjetstaat noch lange Zeit Gruppen von Klerikern, die die Ergebnisse der Revolution nicht billigten und sich gegen die Sowjetmacht wandten. In diesem Zusammenhang wurden einzelne Geistliche vom Staat für ihre gegen die Regierung gerichtete politische Tätigkeit, die auch die Interessen des Sowjetvolkes verletzte, zur Verantwortung gezogen. Seit dem Vaterländischen Krieg, der von der Orthodoxen Kirche vorbehaltlos und aus Liebe zum bedrohten

Vaterland unterstützt wurde, nahm die Mehrheit der Geistlichen der Sowjetmacht und ihrer Revolution gegenüber eine positive Haltung ein.

VII.

Das zweite Moment einer zunächst ablehnenden kirchlichen Haltung gegenüber der Oktoberrevolution war:

2. Die Lehre von der Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung wird bestritten.

Theologisch argumentierten diese Gegner so, daß die Allmacht Gottes bedroht sei, wenn es in der Geschichte eine gewisse Gesetzmäßigkeit gäbe. Mit allen nur möglichen Mitteln ideologischer Art versuchte man, den Klassenkampfcharakter der gesellschaftlichen Entwicklung zu bestreiten oder doch in seiner Bedeutung herabzusetzen. (Neuerdings wird vor allem versucht, die Priorität der technischen und industriellen Entwicklung als international bestimmender Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung herauszustreichen.) Das ist die Ursache letztlich aller Bestrebungen, den Marxismus-Leninismus, die geistig tragende Kraft der Oktoberrevolution, als „neues Evangelium“ oder „Ersatzreligion“ zu bezeichnen und somit in Verruf zu bringen.

Ein Beispiel mag für viele stehen, wie sich die Idee des Marxismus-Leninismus mit den Augen eines lutherischen Theologen ansieht: „... ein anderes ‚Evangelium‘ politischer Art, eine fanatisch geglaubte und intensiv den Kleinsten und den Ältesten auf vielerlei Weise zugerufene Heilsbotschaft, die im Namen des zukünftigen Heiles der klassenlosen Gesellschaft den Menschen in der Gegenwart total beansprucht in seiner Arbeit, seiner Gesinnung, seinem Denken, seiner Hoffnung und seinem Glauben“ (H. R e i c h, Jugend für Christus, Oldenburg 1952, S. 33).

Verhängnisvoll hat sich auch die Starrheit des obrigkeitlichen Denkens der Kirchen auf ihre Stellung zur Revolution ausgewirkt. Der Hinweis Luthers, daß der Christ immer wieder neue, zeitgemäßere und sachlich angemessenere Gesetze aufzustellen habe, wie es die Apostel auch getan haben, ist in der evangelischen Kirche vergessen worden. Diese konservativen Kreise haben der Oktoberrevolution und noch heute teilweise der Deutschen Demokratischen Republik die Notwendigkeit einer neuen Rechtsentwicklung und Gesetzesfindung bestritten.

Diese Starrheit wird beispielsweise deutlich, wenn man bedenkt, daß die Erklärung zum 4. Gebot des lutherischen Kate-

chismus nicht korrigiert worden ist, obwohl das dort vorausgesetzte patriarchalische Verhältnis von Eltern und Kindern als völlig überholt angesehen werden muß. Wie vor 400 Jahren sollen unsere Kinder lernen, daß man „Eltern und Herren nicht verachten noch erzürnen, sondern ihnen dienen und gehorchen, sie lieb und wert halten“ müsse. Wer dieses Gebot als ethische Norm gelernt hat, kann schwerlich eine Revolution aktiv mitmachen und auch kaum befürworten. Wer seine obrigkeitlichen Herren nach Gottes Gebot nicht erzürnen darf, kann im sozialen Streit nicht gegen sie zu Felde ziehen, selbst wenn er eine gute Sache vertritt.

Vergessen wird dabei: Was in der Reformationszeit innerhalb der Familienstruktur richtig war – im Hinblick auf die gesellschaftliche Lage der Bauern war es schon damals falsch –, ist vier Jahrhunderte später kein gesellschaftlicher Ordnungsfaktor mehr! Das gute, lebensfördernde Gesetz von gestern kann das tödliche Gesetz von heute sein!

Daß derartige Gesetze und Normen einer Wandlung unterworfen sind, erkennen konservative Theologen nicht an und behaupten, daß Gottes Gebote in gleicher Weise für alle Zeiten und Menschen gelten. Man wähnt, daß die Alleinherrschaft Gottes bedroht sei, wenn auch in der Geschichte und in der menschlichen Gesellschaft objektive Gesetze ihre Geltung haben und eine gesetzmäßige Entwicklung konstatiert wird.

VIII.

Das dritte Moment, das eine klare positive Stellung zur Oktoberrevolution und ihren weltweiten Auswirkungen verhinderte, war und ist

die Sorge um eine mögliche Gefährdung der eigenen ökonomischen Basis der Kirchen bei einer Ausbreitung der Ideen der Oktoberrevolution.

Recht einfalllos versuchte man häufig, den Gläubigen einzureden, daß der Sieg der Oktoberrevolution das Ende der Kirche und die Ausrottung des Glaubens bedeuten würde.

Die eigentliche Aufnahme der Sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands in den Kreis der bürgerlichen, ‚abendländisch-christlichen‘ Parteien vollzog sich für das Empfinden vieler Christen der Bundesrepublik nicht so sehr auf Grund der ideologischen Abwendung der Parteiführung vom Marxismus, auch nicht wegen ihrer Abkehr vom Atheismus, die demonstriert wurde durch Wehners Lesegottesdienst in der Hamburger Hauptkirche St. Michel; entscheidend war für diese

Kreise in ihrer Vorstellungswelt vielmehr die verbindliche Zusage der Führung der Sozialdemokratie an die Bischofskonferenzen, bei einem evtl. Wahlsieg der Sozialdemokraten oder einer Beteiligung an der Regierung an dem bisherigen Modus der Einziehung der Kirchensteuern durch den Staat sowie am Status quo des kirchlichen Besitzes nichts zu ändern und auch das – unter Hitler mit der katholischen Kirche abgeschlossene – Reichskonkordat in allen Punkten zu achten, besonders auch hinsichtlich der Konfessionsschulen.

Hier wird die Furcht deutlich, die die evangelische und die katholische Kirche hegen, daß der Sozialismus eine radikale Änderung der Besitzverhältnisse herbeiführen würde. Diese Furcht vor einer Gefährdung der ökonomischen Basis ist eine Hauptursache für die Ablehnung des Sozialismus. Aber sie ist ebenso unevangelisch wie unsachlich. Furcht sollte kein Argument für christliche Kirchen sein, am wenigsten die Sorge um ihren materiellen Besitz.

Die sachliche Klärung und Regelung der ökonomischen Angelegenheiten der Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der staatlichen Beihilfen und Besoldungszuschüsse sind durchaus geeignet, auch in Westdeutschland zahllose Vorurteile abzubauen. Dem in der Deutschen Demokratischen Republik unter der verantwortlichen Beteiligung von Christen erarbeiteten und bewährten Verhältnis von Staat und Kirche kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu. Wir sollten uns darum viel mehr als bisher mit der Verbreitung und Auswertung dieser Fakten und des Zahlenmaterials beschäftigen.¹⁾

Die Sorge um die eigene ökonomische Basis hat besonders die katholische Kirche dazu gebracht, in denjenigen Ländern, in denen ein stürmisches Wachstum des Einflusses der Ideen der Oktoberrevolution auf die Werktätigen zu verspüren war, christliche Gewerkschaften zu gründen, um die Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung einzudämmen, die Werk-

1) Einige Zahlen mögen diese Angaben belegen:
Es gibt in der DDR 2850 Anstalten der Inneren Mission und des Caritasverbandes mit etwa 100 000 Plätzen,
128 kirchliche Ausbildungsstätten.

4 Millionen MDN werden jährlich vom Staat für die Ausbildung von Pfarrern an den theologischen Fakultäten einschließlich Stipendien zur Verfügung gestellt – Summen, die etwa in den USA die Kirchen selbst aufbringen müssen.

1,2 Millionen MDN werden jährlich für die Belange der kirchlichen Denkmalspflege gezahlt, dazu weitere

12 Millionen MDN als Pfarrbesoldungszuschüsse.

Für die Ausbildung jedes Theologiestudenten zahlt der Staat in der DDR etwa 30 000 MDN!

tätigen von der Notwendigkeit der Unterordnung unter die Arbeitgeber zu überzeugen, die Einheit der Arbeiterklasse zu untergraben und damit revolutionäre Veränderungen zu verhindern. Man konnte dabei auf die Erfahrungen mit den katholischen Kolping-Vereinen zurückgreifen, die während des Kulturkampfes die jüngeren katholischen Arbeiter gesammelt hatten.

Je größer der Besitz und das Vermögen der einzelnen Kirchen war und ist, um so größer ist ihre Abneigung gegen einen revolutionären Sozialismus. So sehr diese Feststellung dem Wesen einer christlichen Kirche widerspricht, drängt sie sich dem Beobachter nach einer gründlichen Analyse etwa der Situation des Verhältnisses von Staat und katholischer Kirche zwischen 1945 und 1955 in Polen, Ungarn und der ČSSR einfach auf, ebenso wie sie sich aus einer Analyse etwa des Reagierens skandinavischer lutherischer Kirchen auf entsprechende soziale Bestrebungen ihrer sozialdemokratischen Regierungen zu ergeben scheint.

Andererseits ist erfreulich festzustellen, daß sich auch in der katholischen Kirche im Hinblick auf diese Fragestellung eine Neuorientierung anbahnt. Durch einschlägige Passagen der Enzyklika „Pacem in terris“ Johannes' XXIII. und der Konzilsdokumente, vor allem des Schemas XIII, deutet sich eine neue Haltung der Katholischen Kirche zur Revolution, zur Frage des Eigentums und der Produktionsmittel an, die nun in der Enzyklika „Populorum progressio“ Pauls VI. ihren beredten Niederschlag gefunden hat. „Die Erde ist für alle da, nicht nur für die Reichen. Das Privateigentum ist also für niemand ein unbedingtes und unumschränktes Recht. Niemand kann guten Grunds seinen Überfluß ausschließlich für sich gebrauchen, wo andern das Notwendigste fehlt. Mit einem Wort: das Eigentumsrecht darf nach der herkömmlichen Lehre der Kirchenväter und der großen Theologen niemals zum Schaden des Gemeinwohls genutzt werden. Sollte ein Konflikt zwischen den ‚wohlerworbenen Rechten des einzelnen und den Grundbedürfnissen der Gemeinschaft‘ entstehen, dann ist es an der staatlichen Gewalt, ‚unter aktiver Beteiligung der einzelnen und der Gruppen eine Lösung zu suchen‘.“

Die Enzyklika regt ein neues, bisher weithin noch nicht geübtes Verhalten an, nämlich seelsorgerlich die tieferen geschichtlichen und gesellschaftlichen Gründe zu durchdenken, die zu den weltanschaulichen und politischen Auseinandersetzungen zwischen den Völkern und Klassen notwendigerweise geführt haben. „Es gibt ganz sicher Situationen, deren Ungerechtigkeit zum Himmel schreit. Wenn ganze Völker, am

Notwendigsten leidend, in einer solchen Zwangslage leben, daß sie nichts selber tun und lassen können, keine Möglichkeit des kulturellen Aufstiegs haben, keine Möglichkeit, am sozialen und politischen Leben teilzunehmen, dann ist die Versuchung groß, solches gegen die menschliche Würde verstoßende Unrecht mit Gewalt zu beseitigen.“ Ja, es wird sogar im Ausnahmefall, „im Fall der eindeutigen und lange dauernden Gewaltherrschaft, die die Grundrechte der Person schwer verletzt und dem Gemeinwohl des Landes gefährlich schadet“, das Recht zur Revolution nicht bestritten.

Von hier aus können sich völlig neue Möglichkeiten für katholische Christen ergeben, zu einer historisch sachlichen und gerechten Einschätzung der Oktoberrevolution zu gelangen.

IX.

Den geschichtlichen Überblick zusammenfassend, kann man feststellen, daß trotz mancherlei Bestrebungen der offiziellen Kirchenleitungen, sozialkritische Bewegungen zu verhindern, in den christlichen Gemeinden das Bewußtsein des sozialrevolutionären Auftrages des Christentums nie ganz verlorengegangen ist. Donatisten, Waldenser, christliche Bauern des Mittelalters, Hussiten, Taboriten und manche anderen christliche Gruppen verfolgten sozial-revolutionäre Ziele unter einer christlichen Ideologie. Da diese christlichen Bewegungen allerdings immer in der Minderheit waren, konnte der große nicht-christliche Politiker Clemenceau sagen: „Würden die Christen eines Tages mit dem Evangelium wirklich ernst machen, dann würde eine noch größere Revolution losbrechen, als es die französische war.“

Dieses Wissen um den revolutionären Auftrag des Christentums führte auch in Deutschland wenigstens in den letzten beiden Jahrzehnten in bestimmten kirchlichen Kreisen zu einer Distanzierung vom Antikommunismus und zu Versuchen gesellschaftlicher Neuorientierung. Der Widerstandskampf von Christen zusammen mit Marxisten gegen den Faschismus hat wesentlich zu dieser Neubesinnung beigetragen, nachdem schon zuvor linke christliche Gruppen immer wieder Berührungspunkte zwischen dem Sozialismus und den gesellschaftlichen Konsequenzen der biblischen Botschaft von Gerechtigkeit, Frieden und Brüderlichkeit aufgezeigt hatten.

Ein Beitrag zu einer Revision der bisherigen ablehnenden Haltung zur Oktoberrevolution und ihren Ergebnissen waren auch die persönlichen Erlebnisse und Begegnungen deutscher Theologen mit der Orthodoxen Kirche und ihrem vielfältigen

Leben nach dem zweiten Weltkrieg. Die zahlreichen Besuchs- und Delegationsreisen von Christen in die Sowjetunion, die überaus gastfreundlich aufgenommen wurden, trugen erheblich zur Revision des antikommunistischen Vorurteils bei. Man konnte sich nun selbst davon überzeugen, daß das Verhältnis von Staat und Kirche in der Sowjetunion gesetzlich geregelt ist, es keinen Kirchenkampf gibt, sondern die Kirchen in der Sowjetunion sogar einen nicht zu übersehenden Faktor in der Friedensarbeit der Sowjetunion darstellen.

Begegnungen auf ökumenischen Tagungen, die aktive Mitarbeit der Orthodoxen Kirchen in der Christlichen Friedenskonferenz (Prag) und die Aufnahme in den Weltkirchenrat sind weitere Schritte auf dem Wege des Abbaus der Vorurteile westeuropäischer Christen gegen die Oktoberrevolution gewesen. Man kann sagen, daß der überwiegende Teil der Christenheit sich heute in ernst zu nehmender Weise mit der Oktoberrevolution auseinandersetzt und frühere Auffassungen revidiert. In bisher nicht gekanntem Maße ist man dabei, alte Vorurteile abzubauen, theologische Scheinargumente zu entlarven, das Versagen der verfaßten Kirchen in der sozialen Frage zuzugeben und sich insgesamt eine neue, positive Stellung zur Berechtigung der Revolution zu erarbeiten.

Zu dieser Neuorientierung hat nicht zuletzt das Beispiel der Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik seit fast zwanzig Jahren innerhalb einer sozialistischen Gesellschaftsordnung beigetragen. Auch der kritische Beobachter mußte zugeben, daß der Sozialismus in der DDR nicht die ökonomische Basis der Kirchen zerstören will. Es gibt bei uns keinen Kirchenkampf. Der sozialistische Staat gibt große Mittel zur Besoldung der Pfarrer, zur Ausbildung der Theologiestudenten und zur Erhaltung denkmalswerter Kirchen aus. Christen sind gleichberechtigt auch in allen wichtigen Staatsfunktionen als Minister, Werkdirektoren, Lehrer und hohe Richter zu finden. Christen wirken in allen Volksvertretungen und Parlamenten mit. Die praktische Demonstration dessen, daß Christen im Sozialismus nicht nur leben können, sondern daß sie sogar imstande sind, einen schöpferischen Beitrag zum Bau der neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung zu leisten, drängt alle Verleumdungen der Oktoberrevolution und ihrer Ideen in der ganzen Welt zurück.

Gleichzeitig ist für viele Christen – auch in leitenden kirchlichen Stellungen – in den letzten Jahren deutlich geworden, daß der Imperialismus tatsächlich nicht in der Lage ist, die

sozialen Widersprüche und Notstände in seinem Machtbereich glaubwürdig zu überwinden. Die katastrophalen sozialen und gesellschaftlichen Zustände in Lateinamerika, das brutale Vorgehen gegen sozialkritische Kräfte im Kongo, in Brasilien, in Santo Domingo sowie die barbarische Aggression gegen das vietnamesische Volk und das völlige Versagen bei der Lösung der Rassenfrage im imperialistischen Lager haben die anti-sozialistischen Vorurteile auch unter den Christen abbauen helfen. Immer mehr Christen erkennen, daß die Perspektive, die ihnen der Imperialismus zu bieten hat, nur aus neuen Kriegen, vermehrten Rüstungslasten, sozialer Unsicherheit und Neofaschismus besteht. Sie begreifen, daß der Sozialismus in konsequenter Befolgung der Ideen der Oktoberrevolution auch ihnen eine Zukunft des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit zu bieten hat. Mit einem Hinweis auf die „rote Gefahr“ kann man sie nicht mehr erschrecken. Carl Ordnung hat im Evangelischen Pfarrerblatt (Nr. 1/67, S. 13) darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Prozeß des Umdenkens auch auf Teile der kirchlichen Hierarchie, auf führende Kirchenmänner und Theologen übergreift.

Wenn man Geschichte, wenn man einzelne Persönlichkeiten in ihrem Zusammenhang erkennen will, wenn man kirchengeschichtliche Vorgänge verstehen will, dann kommt man ohne Analyse der Sozialstrukturen nicht aus. Das betonen heute auch führende Theologen der westlichen Welt. Immer mehr Theologen erkennen, daß die Marxisten recht haben, wenn sie sagen, daß eine sorgfältige Geschichtsanalyse den Schlüssel zum Verständnis der einzelnen Geschichtsepochen liefert. Verschiedene Beiträge auf der Konferenz für „Kirche und Gesellschaft“ 1966 in Genf haben deutlich gemacht, daß auch in der Sicht verantwortlicher Christen manche ungerechten und unerträglichen sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen besonders in der lateinamerikanischen Welt nicht ohne revolutionäre Gewaltanwendung verändert werden können. Es mehren sich die Stimmen von Theologen, die solche revolutionären Umwälzungen nicht nur bejahen, sondern die Christen auffordern, sich verantwortlich zu solchen Umwälzungen zu bekennen.

Zugleich müssen wir allerdings zugeben, daß es nicht die westeuropäischen und nordamerikanischen Christen, sondern die Gläubigen aus den afro-asiatischen und lateinamerikanischen Kirchen sind, die die Bruderkirchen mit der Frage der Revolution erneut und unausweichlich konfrontieren. So ist die Weltkonferenz „Kirche und Gesellschaft“ ein „kirchenhistorisches Novum“ genannt worden, weil sich diese Konfe-

renz für „eine prinzipielle Bejahung der Revolution im umfassenden Sinne dieses Begriffs aussprach und sich um eine Theologie der Revolution bemühte“. C. Ordnung hat ausführlich und anschaulich über die Bejahung der technischen und sozialen Revolutionen unserer Zeit durch die Vertreter der Weltchristenheit in Genf berichtet (C. Ordnung, Der Christ in den revolutionären Umwälzungen unserer Zeit, Hefte aus Burgscheidungen 158/59, besonders S. 47–69).

Hier sei nur der Beitrag eines lateinamerikanischen Christen erwähnt, der zum Schluß der Konferenz bedauerte, daß ein großer Teil der Diskussion über die Stellung des Christen zur Revolution sich mit dem Problem der Gewaltanwendung beschäftigt habe.¹⁾ „Dadurch sei der falsche Eindruck entstanden, als ob die Christen, die die Revolution befürworten, weniger empfindlich als andere gegenüber der ‚Sünde der Gewalt‘ wären.“ Und er fuhr fort: „In meinem Land sterben täglich zweihundert Kinder an Unterernährung. Das ist die eigentliche Sünde der Gewalt, und sie wird weiterwirken, bis wir die Machtstrukturen der Gesellschaft ändern“ (zit. nach: C. Ordnung, a. a. O., S. 57). Es sind eben nicht die Revolutionäre, die zuerst Gewalt anwenden, sondern es ist die in den ungerechten gesellschaftlichen Verhältnissen liegende, hundertmal größere, täglich Millionen von Menschen unterdrückende Gewalt, die solche Situationen schafft, die nach der Erfahrung dieser Revolutionäre nur mit Gewalt geändert werden können.

X.

In der Deutschen Demokratischen Republik haben sich die aktiven christlichen Kräfte, die zu einer positiven Würdigung der Oktoberrevolution und zu einer verantwortlichen Beteiligung am Aufbau des Sozialismus gekommen sind, vor allem in der Christlich-Demokratischen Union gesammelt. Die anti-revolutionäre Politik mancher leitender Kirchenmänner nach 1945 ist dadurch an entscheidenden Punkten unwirksam geworden, vor allem im Hinblick auf ihre These, daß Sozialismus zwangsläufig die Vernichtung der Kirche bedeute. Sie werden

¹⁾ Verständlicherweise taucht bei der Erwähnung des Begriffes ‚Gewalt‘ im Zusammenhang mit der Revolution nach wie vor in weiten christlichen Kreisen die Vorstellung von Krieg und Bürgerkrieg auf. Demgegenüber ist die kommunistische Weltbewegung bekanntlich spätestens seit dem XX. Parteitag der KPdSU und seit der Moskauer Deklaration von 1960 zu der Auffassung gelangt, daß unter bestimmten Umständen auch ein friedlicher und demokratischer, also ein ‚unblutiger‘ Weg zu revolutionären Veränderungen der Gesellschaftsverhältnisse möglich ist. Natürlich wird auch dieser Weg bis zu einem gewissen Grade mit Gewaltanwendung verbunden sein.

durch ihre Kräfte in zunehmendem Maße dazu gedrängt, ihre Loyalität gegenüber dem revolutionären sozialistischen Staat zu erklären.

Teilweise zeigen sich Ansätze für ein echtes Verständnis des Anliegens des Sozialismus auch von außerhalb der DDR, wenn wir zum Beispiel an Theologen wie H. Gollwitzer, M. Fischer oder Müller-Gangloff und von Oppen denken. Es ist eine Tatsache, daß die Christen in Westeuropa mit steigendem Interesse zur Kenntnis nehmen, was wir über unsere positiven Erfahrungen bei der Zusammenarbeit von Christen und Marxisten beim Aufbau des Sozialismus, sei es als Volksvertreter, als Kirchenälteste, als Werk tätige aller Berufs-zweige oder als Geistliche, zu berichten haben.

So können wir im 50. Jahr nach der siegreichen Oktoberrevolution feststellen, daß sich die Kirchen in einem zuvor nicht gekannten lebhaften Gespräch über die Stellung zur Revolution befinden und in zunehmendem Maße zu einer Würdigung der gewaltigen Leistungen der Völker der Sowjetunion kommen. Unsere Bemühungen werden dahin gehen, weiteres Verständnis unter Christen dafür zu wecken, daß der Sozialismus bei der Schaffung neuer Strukturen ein völlig berechtigtes soziales Anliegen verwirklicht, das unsere moralische Unterstützung finden muß.

Dem Sozialismus geht es nicht um die Utopie eines „Paradieses auf Erden“; aber er hat schon viele Hindernisse beseitigt, die der Verkündigung der ungeteilten Botschaft Jesu bisher entgegenstanden. Diese neuen sozialen und politischen Möglichkeiten als Christen aufzunehmen und verantwortlich ausfüllen zu helfen heißt, dem christlichen Auftrag zu gesellschaftlicher Diakonie in einer sozialistischen Umwelt gerecht zu werden.

Dem aufmerksamen Betrachter kann es nicht verborgen bleiben, daß auch in dieser Hinsicht ein tiefer Umwandlungsprozeß durch die Kirchen der DDR geht. Hier ist etwas Neues im Entstehen. Die Zusammenarbeit von Christen und Marxisten bewährt sich und widerlegt am deutlichsten antikommunistische Vorbehalte. Die Übereinstimmung in den humanistischen Anliegen, wie sie in verschiedenen Dokumenten ihren Ausdruck gefunden hat, wird immer überzeugender praktiziert. Erwähnt seien das Kommuniké vom 21. Juli 1958 zwischen Staat und Evangelischen Kirchen, in dem von der Respektierung der Entwicklung zum Sozialismus gesprochen wird, ferner die Programmatische Erklärung vom 4. Oktober 1960 aus Anlaß der Konstituierung des Staatsrates, in der es heißt: „Das

Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze“, und das Gespräch vom 9. Februar 1961 zwischen dem Staatsratsvorsitzenden und evangelischen Theologen.

Die Mitarbeit der Christen beim Aufbau des Sozialismus in der DDR erweist sich immer mehr als ein Bestandteil echter Solidarität mit einer säkularisierten Welt. Dabei dürfen wir an dem festhalten, was von hervorragenden Theologen herausgearbeitet worden ist: daß nämlich die Solidarität des Christen mit dem Nichtchristen bei der Verwirklichung des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit nicht nur eine Möglichkeit, sondern eine Existenzbedingung für den Christen ist.

Literatur in Auswahl

- Amery, C., Die Kapitulation, Hamburg 1963
- Fuchs, E., Marxistischer Atheismus als Frage an uns Christen, in: Evangelisches Pfarrerberblatt 15–16/1965
- Götting, G., Reformation und Revolution, in: Evangelisches Pfarrerberblatt 10/1966
- Götting, G., Reformation und Revolution, Berlin 1967
- Herrmann, J., Die soziale Predigt der Propheten, in: Biblische Zeit- und Streitfragen VI/12, 1911
- Hromádka, J. L., Von der Reformation zum Morgen, Leipzig 1959
- Kasburg, J., Reformation und Revolution, in: Evangelisches Pfarrerberblatt 1/1966
- Kehnscherper, Gerhard, Die Stellung der Bibel und der alten christlichen Kirche zur Sklaverei, Halle 1957
- Kehnscherper, Gerhard, Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung, Hefte aus Burgscheidungen 84/85, 1962
- Leipoldt, J., Der soziale Gedanke in der altchristlichen Kirche, Leipzig 1952
- Meinman, M. N., Die wirtschaftliche Grundlage der Sklavenhaltergesellschaft, Berlin 1952
- Müller-Gangloff, E., Horizonte der Nachmoderne, Gelnhausen, 2. Aufl. 1964
- Onasch, K., Geist und Geschichte der russischen Ostkirche, Berlin 1947
- Ordnung, C., Christen und Revolution, in: Evangelisches Pfarrerberblatt 1/1966
- Ordnung, C., Der deutsche Protestantismus und die sozialistische Revolution, in: Evangelisches Pfarrerberblatt 3–4/1965
- Ordnung, C., Der Christ in den revolutionären Umwälzungen unserer Zeit, Hefte aus Burgscheidungen 158/159, 1967
- Schachnowitsch, M. I., Lenin und die Fragen des Atheismus, Berlin 1966
- Schubert, H. v., Christentum und Kommunismus, Tübingen 1919
- Patriarch Sergius, Die Wahrheit über die Religion in Rußland, Zürich 1944
- Stöckel-Geisler, In Oriente Crux, ed. H. Grimm, Stuttgart 1963; dort und bei H. D. Wendland, Die Kirche in der modernen Gesellschaft, 2. Aufl., Hamburg 1958, weitere Literatur, die aber größtenteils nur sehr bedingt brauchbar ist

Thümmel, W., Zur Beurteilung des Donatismus, Halle 1893
Ungarischer Studienbeitrag: Christlicher Dienst in den gesellschaftlichen und internationalen Fragen unserer Zeit, Hefte aus Burgscheidungen 157, 1966
Wirth, G., Reformation und Revolution, in: Neue Zeit, 29. 10. 1966; 25. 3. 1967; 7. 5. 1967
Zahn, Th., Staatsumwälzung und Treueid, 1919

Ausgesprochen unsachliche, aber weitverbreitete Literatur:
Verkündigung und Forschung, Theologische Jahresberichte 1947/48, München, S. 140; dort weitere negative Literatur, dazu: Marxismusstudien, ed. Erwin Metzke, Tübingen; Martin Dibelius, Das soziale Motiv im Neuen Testament, Tübingen 1953; Eberhard Müller – Helmuth Thielicke – Erwin Metzke, in: Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, bes. 1957–59, u. a.

- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Janssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung 28. 6. bis 3. 7. 1964 in Prag)
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit – Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit – Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz – Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 130 Gerald Götting: Wir gestalten das neue Deutschland
- 131 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Der Aufbau des Systems ökonomischer Hebel in der Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik
- 132 Carl Ordnung: Politisches Handeln im Leben und Denken Dietrich Bonhoeffers
- 133 Dr. h. c. Otto Nuschke: Verantwortung der Deutschen für Sicherheit und Frieden (Hauptreferat auf dem 4. Deutschen Friedenskongreß im April 1955 in Dresden). Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek
- 135 Gerald Götting: Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische Union – zwanzig Jahre gemeinsamen Kampfes für Frieden und Sozialismus, für das Glück des Volkes
- 137 Pfarrer Károly Tóth: Aufgaben der Kirche in einer sich wandelnden Welt – Bericht über die 19. Generalversammlung des Reformierten Weltbundes
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutschlands Zukunft
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform

- 141 Erwin Krubke / Gerhard Mischel: „Formierte Gesellschaft“
– „Idee“ und Wirklichkeit des Staatsmonopolismus in
Westdeutschland
- 142 Walter Bredendiek: Reflektierte Geschichte – Die Entwick-
lung der Gesellschaft und die Stellung von Kirche
und Theologie seit 1900 im Spiegel der Lebenserinne-
rungen deutscher Theologen
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen – Grundlagen ge-
dientlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 144 Gerald Götting: Für die Rettung der Nation – Zusammen-
arbeit aller friedliebenden Deutschen
- 145 Edmund Meciewski: Neues Leben in Polens West- und
Nordgebieten
- 146 Günter Wirth: Verantwortung und Erwartung der Deutschen
- 147 Dr. Helmut Dressler: Evangelische Kirche und Revanche-
Ideologie in der Weimarer Republik und im Bonner
Staat
- 148 Kirche in gewandelter Welt – Das II. Vatikanische Konzil
im Spiegel seiner Beschlüsse. Zusammengestellt von
Hubertus Guske
- 149 Gerhard Desczyk: Vom Friedensdienst der Katholiken
- 150/151 Dr. Paul Ullmann: Psychologie und Leitungstätigkeit
- 152 H. C. Herrmann: Der Bonner Neokolonialismus und seine
Unterstützung durch NATO-gebundene westdeutsche
Kirchenleitungen
- 153 Pfarrer Götz Bickelhaupt: Auf dem Wege zur engagierten
Gemeinde
- 154 Carl Ordnung: Die Mitverantwortung der Christen beim
Aufbau des Sozialismus
- 155 Pastor Traute Arnold: Der Christ in der geistig-kulturellen
Entwicklung hier und heute
- 156 Siegfried Welz: Gut und richtig reden
- 157 Christlicher Dienst in den gesellschaftlichen und inter-
nationalen Fragen unserer Zeit – Ungarischer
Studienbeitrag zur Thematik des Weltkongresses
„Kirche und Gesellschaft“
- 158/159 Carl Ordnung: Der Christ in den revolutionären Um-
wälzungen unserer Zeit
- 160 Über den Fortschritt der Völker („Populorum progressio“)
- 161 Dr. Nikolaus Zaske: „Ex oriente pax“

Verkaufspreis 0,50 MDN – Doppelheft 1,- MDN

Vertrieb an den Buchhandel durch Unfon Verlag (VOB), Berlin